

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Senkung der Strompreise – Dringende Entlastung von Bürgern und Betrieben

Der Landtag wolle beschließen:

Im europäischen Vergleich verfügt Deutschland über extrem hohe Strompreise. Zusätzlich verteuert die Ampel den Strompreis für energieintensive Unternehmen. Vor der Bundestagswahl kündigte der spätere Bundeskanzler Olaf Scholz an: „Mein Ziel ist ein Industriestrompreis von 4 Cent“. Für solch einen Industriestrompreis von 4 Cent je kWh gibt es aktuell keine Initiativen, worauf sich die Bundesregierung verständigen kann.

Dauerhaft hohe Strompreise gefährden den Standort Deutschland. Wir erleben längst eine schleichende De-Industrialisierung. Industrie und mittelständische Unternehmen sind durch die hohen Strompreise enorm belastet. Der Kanzler hat sein Wort gegeben, einen Industriestrompreis einzuführen. Aber er liefert nicht. Statt langer Diskussionen sind jetzt schnell wirkende Maßnahmen beim Strompreis notwendig. Insbesondere auch der Mittelstand muss dabei zügig und effektiv entlastet werden.

Gerade für die Stahlindustrie im Saarland ist neben der Verfügbarkeit von Wasserstoff ein verlässlicher niedriger Strompreis überlebenswichtig. Im Mai dieses Jahres forderte der Verband der Saalhütten daher die zeitnahe Einführung eines Industriestrompreises. Gerade für die energieintensive Industrie in Deutschland und insbesondere im Saarland ist der Preis für Elektrizität zum entscheidenden Standortfaktor geworden. „Wir sind gerade dabei, uns das Genick zu brechen“, formuliert der Verband der Saalhütten. Wenn saarländische Unternehmen in der Lage bleiben sollen, ihre Wettbewerbsposition auch auf internationaler Ebene zu behaupten, braucht es schnelle Taten, auch um die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Auch im privaten Sektor steigt der Strombedarf. Haupttreiber sind der Verkehrs- sowie Gebäudesektor mit E-Autos und elektrischen Wärmepumpen. Zu hohe Strompreise sind deshalb auch eine Gefahr für die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Umstellungen, die dem Klimaschutz dienen sollen.

Die SPD Saar darf sich hier nicht wegducken, sondern ist gefordert, sich als Landesregierung im Bundesrat, aber auch im Bundestag sowie parteiintern für eine rasche Senkung der Energiekosten einzusetzen. Ganz konkret gehört die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh bei privaten Haushalten und 0,05 Cent/kWh bei Betrieben abgesenkt und die Umsatzsteuer auf den Strom privater Haushalte auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent reduziert.

Die weitere Elektrifizierung, gerade in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Industrie, gelingt nur, wenn die Strompreise spürbar sinken. Das sollte unbürokratisch und schnell geschehen. Eine Steuersenkung auf das europarechtliche Minimum ist eine solche Möglichkeit. Deshalb muss es jetzt heißen: Den Standort Saarland stärken und Steuern auf Strom auf das Minimum senken!

Doch statt zu handeln, erleben wir gegenteilige Signale: So wird ab 2024 eine weitere Verschärfung hinzukommen, wenn der Spitzenausgleich bei der Energie- und Stromsteuer, wie im Bundeshaushalt vorgesehen, wegfällt. Gerade das Saarland mit seiner industriell geprägten Wirtschaftsstruktur mit hohem Energiebedarf ist hiervon besonders betroffen, da die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erneut willkürlich von der Ampel verschlechtert wird und damit Arbeitsplätze und Wohlstand aufs Spiel gesetzt werden.

Mehr Entlastungen statt weiterer Belastungen – das muss das Gebot der Stunde sein, um unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene einzusetzen, die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh bei privaten Haushalten und 0,05 Cent/kWh bei Betrieben zu senken,
- sich auf Bundesebene einzusetzen, die Umsatzsteuer auf Strom auf den ermäßigten Steuersatz von 7 % zu reduzieren,
- sich in Berlin deutlich stärker dafür einzusetzen, damit die rote Ampel endlich handelt und die bisherige Blockade der Entlastung beim Strompreis aufgibt,
- sich einzusetzen, dass die wetterunabhängige Kraftwerksleistung in Deutschland wesentlich erhalten und ausgebaut wird.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.